Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."

v. Habets O.M.I., Chefredakteur.

Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.

Redaktion, Expedition und Druckerei: 1835—1837 Halifax Strasse, Regina, Sask. In der Nähe des Marktplatzes. Telephon 3391.

„Der Courier"

Die große Mittwoch-Ausgabe von 12 bis 24 Seiten kostet bei Vorausbezahlung $3.00 pro Jahr.

Neue Raterkarte gibt volle Information.

Besondere Raten für „Kleine Anzeigen", wie Auktionen, Farmverkäufe, Stellen- und Heiratsgesuche, Verlangt, Verloren, Gefunden, Entlaufen, Zugelaufen, Verpachten, usw., sowie kurzgefaßte Geschäftsadressen, gegen Vorausbezahlung
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig .. 50 Cts.
Für jede zweite Insertion ..... 25 Cts.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig .. 75 Cts.
Für jede zweite Insertion ..... 50 Cts.
Für jede weitere Anzeige dieselben Beträge.

Berichte und Mitteilungen für die Schriftleitung sowie Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen werden jederzeit gern aufgenommen.

Die Leser werden gebeten, Adressenänderungen sofort mitzuteilen und dabei die alte und die neue Adresse anzugeben; ebenso bittet die Expedition um sofortige Benachrichtigung, falls eine Zeitung einmal ausbleibt oder verspätet eintrifft.

Etwas von den Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Japan

Washington. — Das Staatsamt erhielt die Antwort Japans auf den Protest der Ver. Staaten gegen die Besetzung der Insel Sachalin durch die Japaner und gegen die Tätigkeit der Japaner in dem Inselgebiete gegenüber Wladiwostok. Die Antwort, die in der Hauptsache nicht zufriedenstellend ist, wird nicht eher veröffentlicht werden, als bis Japan den Wortlaut der Vorstellungen der Ver. Staaten freigibt.

Es heißt, daß Japans Entschuldigung wegen der Besitznahme der nördlichen Hälfte Sachalins etwas sehr kindlich laute. Japan gibt zu, daß es kein Recht haben würde, die Insel zu annektieren, wenn nicht Sachalin zu einem Distrikte gehörte, dessen übriger Teil auf dem sibirischen Festlande liege und dessen Hauptstadt Nikolajewski sei. In anderen Worten, Japan mußte die Küste Sibiriens mit Nikolajewski besetzen, um ein Recht auf die nördliche Hälfte der Insel Sachalin zu erlangen, und man ließ dies geschehen. Japan hatte niemals einen rechtlichen Grund für sein Vorgehen in Sibirien, soviel die Beamten in Washington ermitteln konnten.

Ferner sagt Japan in seiner Antwort, daß die Besetzung Sachalins und der Küste Sibiriens nur vorübergehend sei und daß es alles an Sibirien zurückgeben werde, wenn die Zeit dazu gekommen sei. Aber Japan sagte dasselbe bezüglich der Mandschurei, die es noch immer in Besitz hat, und Schantungs, das es auch noch besetzt hält.

Hier wird nicht erwartet, daß Schantung an China zurückgegeben werden wird, so lange die Alliierten und die Ver. Staaten die Ansicht beibehalten, daß die Schantungfrage jetzt nur Japan und China angehe und den Völkerbund nicht kümmere.

Tokio. — Die amerikanische Note bezüglich der Besetzung des nördlichen Teiles der Insel Sachalin durch Japan scheint im allgemeinen einen unangenehmen Eindruck in Japan gemacht zu haben. Es wird indessen der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es der Regierung gelingen werde, die Ver. Staaten zu überzeugen, daß die Besetzung nur eine temporäre sein wird.

Die Zeitungen bringen in ihren Kommentaren drei verschiedene Ansichten zur Geltung. Die Blätter, wie sie durch die „Kokumin Shimbun" vertreten sind, erklären Amerikas Haltung Japan gegenüber mache sich immer in der Natur einer Herausforderung geltend. Die zweite Richtung, die im „Jomi-Juri Shimbun" ihr Mundstück hat, stellt sich auf den Standpunkt, die japanischen Militaristen seien für die falsche Auffassung verantwortlich zu halten, die im Auslande Platz gegriffen habe. Die Konservativen endlich, deren Organ „Jiji Shimpo" ist, geben der Ansicht Ausdruck, die Besetzung russischen Gebiets durch Japan müsse als eine äußerst zweifelhafte Politik bezeichnet werden, die dazu angetan sei, Schwierigkeiten sowohl zu Hause wie im Auslande heraufzubeschwören.

Günstige Gelegenheit für Kolonization

Großer fruchtbarer Land-Complex. 16,000 Acker im Süden, hochgelegen an der Golf-Küste, zu verkaufen in einem Stück, zu billigem Preis. Man schreibe an Henry C. Bartlinz, 1104 State-Lake Bldg., Chicago, Ill.

Kinder Schreien
NACH FLETCHER'S
CASTORIA

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada:

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Premier Meighen

Der neue Premier hat sich bis jetzt zweimal über seine Politik ausgesprochen: Das erste Mal in seinem Wahlkreis Portage La Prairie, das zweite Mal in Stirling, West Hastings County, Ontario. Das erste Mal hat er sanfte Flötentöne angeschlagen, das zweite Mal aber schon kräftig vom Leder gezogen. Beide Mal aber hat er sich nicht recht glücklich ausgedrückt; aus manchen seiner Worte lassen sich Stricke gegen ihn selbst drehen, und zwar ganz kräftige. Das einzige, was sich zu seiner Entschuldigung sagen läßt, ist, daß Premier Meighen ein verkrachtes politisches Erbe angetreten hat, daß er eine Regierung weiterführen soll, welche sich überlebt hat, und von welcher die erdrückende Mehrheit der canadischen Bevölkerung nichts mehr wissen will; dabei kommen die eingewanderten Elemente noch nicht einmal in Frage.

In Portage la Prairie betonte Premier Meighen vor allem, wie wünschenswert und notwendig es sei, daß das ganze canadische Volk am Wohle des Landes zusammenarbeite, und keiner zurückstehe. Zunächst hatte er hierbei die Französisch-Canadier der Provinz Quebec im Auge, die bis zum Jahre 1917 noch in jeder Dominionregierung vertreten waren, die aber jegliche Anteilnahme an der Union-Regierung vom Dezember 1917 aufs nachdrücklichste ablehnten. Ob Meighen auch an die Tausende von eingewanderten Bürgern dachte, die durch das Wahlgesetz von 1917 ihres Stimmrechtes verlustig erklärt wurden und nachträglich auch noch um die versprochenen Vergünstigungen betrogen wurden, hat er nicht gesagt. Das Eigentümliche bei der Sache ist, daß ausgerechnet Premier Meighen einer der Hauptschuldigen an der Hetze gegen Quebec und an dem Kriegswahlgesetz ist; nun bittet er, man möge verzeihen und vergessen. Meighen ist nicht der geeignete Mann, um eine solche Bitte zu stellen. Und dazu soll es in der Politik kein Verzeihen und kein Vergessen geben.

Ueberhaupt ist es gar nicht wahr, daß es jetzt eine Spaltung zwischen dem englischen und dem französischen Teile der canadischen Bevölkerung gibt, (ausgenommen etwa in Manitoba betreffs der Schul- und Sprachenfrage). Eine solche Spaltung gab es bei den Wahlen im Jahre 1917, wo die Gemüter durch eine beispiellos verlogene politische Hetze aufgepeitscht wurden; seitdem ist der englischen Bevölkerung, namentlich den Farmern in Ontario, ein Licht aufgegangen, daß sie schmählich angeschmiert wurden; die Folge dieser Erkenntnis ist die Farmerregierung in Ontario und ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dieser Provinz und Quebec, wie es seit Jahrzehnten nicht bestanden hat.

Wer will da von Spaltung reden? Mit Ausnahme einiger Berufspolitiker und Hochfinanzler, die von der jetzigen Mißregierung ihren Profit haben, ist ganz Canada sich darüber einig, daß ein Kabinett Meighen von vornherein keine Berechtigung hat.

Das ist es auch, was Hon. Taschereau, der neue Premier von Quebec meinte, als er einige Tage vorher sagte, die Isolierung Quebecs müsse ein Ende nehmen. Von einem Zusammenarbeiten mit der jetzigen Dominionregierung darf in Quebec kein Staatsmann träumen, viel weniger reden. Wie kommt Premier Meighen nur dazu, die Worte Tascheraus in seinem Sinne aufzufassen? Oder will er sich einen Witz leisten, indem er die Worte Tascheraus humorvoll aufnimmt? Bei der Abneigung des Volkes ist ein derartiger Witz vollständig verfehlt.

Ebenso verfehlt ist der Appell Meighens, doch ja nicht zu untersuchen, wer an der Hetze und Erbitterung im Lande schuld ist. Wenn man das wirklich nicht wüßte, sollte man es gründlich untersuchen und die Anstifter dieser Verhetzung an den Pranger stellen. Aber eine solche Untersuchung ist gar nicht nötig; man weiß, wer die Schuldigen sind; einer der Hauptschuldigen ist Meighen selbst, und ihm steht es verdollt schlecht an, wie ein unschuldiges Lamm von Frieden und Versöhnung und Gerechtigkeit zu reden. Für ihn schickt sich nur eines: aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden.

So sprach Meighen in Portage la Prairie, und was er sonst noch sagte, waren allgemeine Redensarten. So etwas konnte er sich dort auch leisten; denn Portage la Prairie ist ein Hauptnest der Orangisten, und die Intelligenz der Apfelsinenbrüder ist genugsam bekannt. Diese Leute können schon kräftigen Kohl vertragen, ohne das zu merken. Andere Leute werden wohl aus Höflichkeit schweigend gehört haben; es war ja die erste Rede des neugebackenen Premiers.

In einem ländlichen Distrikte Ontarios hätte Meighen diese Rede nicht halten können, ohne ausgezischt zu werden. Ob er allen Ernstes dachte, aus einer Entfernung von rund 1200 Meilen würde die Rede sich besser anhören? Da hat er sich gründlich verrechnet, und seine Rede in Stirling, Ont., am 11. August verrät, daß er dieses eingesehen hat; er scheint eingesehen zu haben, daß sanfte Flötentöne nicht anschlagen wollen, und so versucht er es mit kräftigeren Worten.

Aus seiner zweiten Rede wollen wir für heute nur einige Punkte herausheben.

„Ich bin für eine Einigkeit in Canada, die alle Nationalitäten, Sprachen und Religionsbekenntnisse umfaßt."

Wenn Meighen diese Worte ehrlich meint, so verurteilt er selbst seine Haltung während der letzten Jahre.

Und selbst wenn er es ehrlich meint, haben diese Worte einen vernünftigen Sinn? Die Sprachen- und Schulfrage z. B. geht die Provinzialregierungen an. Die Dominialregierung hat damit nichts zu tun. Das einzige, was die Dominionregierung in puncto Sprache tun kann, ist dies, eine langjährige Forderung der Franzosen zu erfüllen, nämlich die canadischen Münzen und Freimarken in englischer und französischer Sprache zugleich herstellen zu lassen, weil Französisch mit dem Englischen offizielle Sprache in Canada ist. Damit könnte Meighen sogar Quebec gewinnen.

Ueber das Zusammenarbeiten der verschiedenen Nationalitäten in ganz Canada aber haben wir vorhin schon genug gesagt, und wir wollen das nicht wiederholen.

„Canada soll bald eine Flotte von 360,000 Tonnen haben, die alle großen Häfen der Welt anläuft." So? Unser beschränkter Untertanenverstand reicht nicht hin, um einzusehen, wie das möglich ist.

Da haben wir im Süden einen braven Nachbarn, Onkel Sam, mit dem wir uns an Reichtum und Macht noch lange nicht messen können. Vor einigen Jahren spuckte dieser Onkel großi Bogen, weil er sich die größte Handelsflotte der Welt anlegen wollte. Und vor einigen Tagen erklärte der Chef von Harriman and Co., einem der größten Bankhäuser der Ver. Staaten, die Vereinigten Staaten, auf sich allein angewiesen, seien gar nicht imstande, ihre Flagge auf dem Ozean zu halten, deshalb wandten sich amerikanische Finanzleute zuerst an englische Reeder, um mit diesen zusammenzugehen, und als die englischen Schiffsbesitzer nicht wollten, einigten sich die Amerikaner mit dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie; das heißt: deutsche Seeleute führen amerikanische Schiffe nach deutschem Muster, soweit das möglich ist. Warum? Weil europäische Schiffahrtslinien billiger arbeiten können und sich deshalb besser rentieren als amerikanische; es liegt das vor allem an den Lohnverhältnissen, die zu normalen Zeiten in Europa tiefer stehen können als in Amerika. Wirklich amerikanische Schiffahrtslinien können die Konkurrenz mit europäischen oder asiatischen Linien gar nicht aushalten und sind nur dort möglich, wo keine außeramerikanische Konkurrenz besteht.

Und was die Ver. Staaten nicht fertig bringen, soll Canada leisten können? Das glaubt Meighen doch selbst nicht.

Man halte uns nicht die C. P. R. Schiffslinien entgegen. Entweder führt die C. P. R. diesen Betrieb unter denselben Bedingungen wie die englischen Gesellschaften, oder sie nimmt das Geld für den Schiffsbetrieb anderswo her und hat dafür ihre Gründe. Etwas anderes kann Meighen ebenfalls nicht tun. Eine englische Linie ist aber noch lange keine canadische, hat keine Arbeit und keinen Nutzen für wirkliche Canadier. Und daß die Regierung das Geld der Nation hinauswerfe, um lebensunfähige Schiffahrtsgesellschaften über Wasser zu halten, dafür werden sich die canadischen Steuerzahler denn doch bedanken; es langt vollständig, wenn dieselben für verkrachte Eisenbahnunternehmungen aufkommen müssen, auch wenn diese Bahnen sich später lohnen sollten, was gerade noch nicht sicher ist.

Auf einige andere Punkte der zweiten Rede Meighens werden wir noch besonders zurückkommen. Für heute langt es.

Premier Hughes und Erzbischof Mannix

In den letzten Tagen soll sich der australische Premier Hughes äußerst abfällig und geradezu drohend über Erzbischof Mannix von Melbourne ausgesprochen haben. Wir sagen: Hughes soll sich derart ausgesprochen haben; denn allzusehr darf man sich auf die Richtigkeit der Kabelmeldungen nicht verlassen. Und Australien ist sehr weit von hier.

Die Aeußerungen des australischen Premiers sind so widerspruchsvoll, daß es kaum glaublich ist, daß ein Staatsmann sich derartig ausdrücken sollte. Einerseits behauptet er, Erzbischof Mannix vertrete gar nicht die öffentliche Meinung Australiens, nicht einmal die dort lebenden Irländer; im selben Atemzug behauptet er aber auch, bis zur Ankunft des Erzbischofs (vor seiner Erhebung auf den erzbischöflichen Stuhl von Melbourne war Dr. Mannix Leiter des Priesterseminars von Manmath in Irland) sei alles ruhig gewesen in Australien, und Mannix trage die Hauptschuld an all dem religiösen Hader, welcher seitdem in Australien ausgebrochen sei.

Diese zwei Behauptungen stimmen nicht mit einander überein, und es ist unmöglich, daß beide zugleich wahr seien; vielleicht und sogar wahrscheinlich ist keine derselben wahr.

Wenn Hughes sich wirklich so geäußert hat, so wird er in seinem eigenen Lande mächtig ausgelacht werden sein. Daß die großen Tageszeitungen hierzulande eine derart unsinnige Kabelmeldung als wichtige Neuigkeit breittreten, zeigt, mit wie wenig Verstand diese „großen" Zeitungen geleitet werden, und wie leichtgläubig die große Masse alles hinnimmt, was in der „großen" Presse steht. Es ist zugleich eine nette Empfehlung für die Gründlichkeit des Unterrichts, der in unseren öffentlichen Schulen erteilt wird; nachdenken lernt man dort nicht. Wenn die Masse des Volkes, die doch durch die öffentliche Schule gegangen ist, einigermaßen nachdenken könnte, dürfte sich die „große" Tagespresse einen derartigen Hohn auf den gesunden Menschenverstand nicht leisten, oder ein Sturm des allgemeinen Unwillens würde diese Zeitungen hinwegfegen.

Aber auch die Gedächtnisschwäche unserer „großen" Zeitungen ist geradezu auffallend. In den Redaktionsstuben dieser Zeitungen sollte man doch etwas mehr Bescheid über die Ereignisse der letzten Jahre wissen, auch über die Vorgänge in Australien. In Australien, wie auch in anderen englischen Gebieten, tritt man in den letzten Kriegsjahren vielfach über Militärzwang; in Australien wurde zweimal darüber abgestimmt und zweimal entschied die öffentliche Meinung dagegen; Premier Hughes, der für Militärzwang war, unterlag zweimal der Volksabstimmung, und nun will er sich als Vertreter des australischen Volkes aufspielen? Will Hughes etwa behaupten, daß die Angelegenheit des Militärzwanges eine religiöse Frage ist? Will Hughes etwa andeuten, daß die katholische Kirche eine Gefahr für den Staat ist, weil Erzbischof Mannix mit der australischen Arbeiterschaft gegen Hughes und Militärzwang war, und zwar schön innerhalb der Grenzen des Gesetzes und der öffentlichen Ordnung?

Was ist überhaupt das richtige Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Volk? Ist nach der alten preußischen Idee das Volk da für den Staat, oder ist nicht vielmehr der Staat da für das Volk? Liegt die höhere Autorität bei der Staatsgewalt und muß das Volk sich ohne Widerspruch den Staatsinteressen opfern? Oder liegt die höhere Autorität beim Volke und hat das Volk das letzte Wort über die Grenzen der Staatsinteressen?

Man braucht noch lange kein Sinn Feiner zu sein, man kann sogar die Lebensfähigkeit eines selbstständigen Irlands bezweifeln, ja ein selbstständiges Irland als eine Gefahr für England ansehen, und doch wird man die Hetze gegen Erzbischof Mannix mißbilligen und zugeben müssen, daß auf diese Weise das Problem nicht gelöst wird. Die Regina Daily Post sieht sicher nicht im Verdacht, irlandfreundlich zu sein, und doch bemerkte sie am 4. August editoriell: Wenn England dem Erzbischof Mannix nicht gestattet, in Irland zu landen, so fördert das die Sinn Fein-Bewegung mehr, als Mannix England schaden kann, wenn er landet. Das ist vollständig richtig und realpolitisch gedacht.

Premier Hughes will dem Erzbischof Mannix die Rückkehr nach Australien verbieten. Für den Augenblick hat der Erzbischof es gar nicht eilig mit der Rückkehr, und wenn er zurückkeift, wo mag Hughes dann sein? Hughes soll bedenken, daß im Großen und Ganzen ein katholischer Bischof etwas fester im Sattel sitzt als ein Staatsmann oder, wollen wir sagen, Staatsbeamter; denn Hughes ist kein Staatsmann, sondern nur ein hoher Staatsbeamter.

Wanderungen durch das neue Deutschland

Durch das badische Unter- und Oberland. — Fahrt im Straßenbähnchen in die Rheinebene. — Episode in einem Dörfchen im Neckartal. — An der Bergstraße und im schönen Schwarzwald.

(Neue Züricher Zeitung)

In einem Straßenbähnchen, davon Heidelberg aus in die Rheinebene fährt, sagt ein Mann: „Wenns alsemal Daing werde, dann wern mer de Fritz heiß, versucht, dann werr ich marm von unne heruff, und dann muß ich heraus aus dem Reschd, sonsche werds für mei Frau ungemütlich!"

Später steigt einer ein und fragt, ob man schon wisse, daß von den Franzosen Darmstadt und Frankfurt besetzt worden seien.

„Mer wisses, haja, mer wisses, wor dir hamme mers gewußt! Wenn se unsern Aepfelwei gesoffe hamme, werre se scho nudder gehe!"

Stürkerer Lärm wurde, außer in den Zeitungen, mingrends geschlagen. Man ist des Lärmens müde. Und doch sah man helle Gesichter vor dem Telegraphenbüchen plötzlich verdunkeln. Andere fanden einigen Trost darin, daß trotz der Besetzung die Mark im Auslande stieg, während der französische Franken weiter abbröckelte. Auch der kleine Mann nämlich liest hier täglich den Geldstandsbericht, und die kleinen Provinzzeitungen halten ihre Winkelkorrespondenzen.

Unterland.

Der beste Feldzeugnagel sind die Inseratenseiten der kleinen und ganz kleinen Blätter. Ich heute nur ein paar Anzeigen abgeschrieben. Hier sind sie:

Schwarz-weiß-rote Fahne, sehr groß, geeignet für Sommerturnfesten zu verkaufen.

Wer gibt zehn Pfund Kartoffeln gegen ein Pfund Zucker?

Feine cremefarbige oder weiße Zigarettenmischung, für mittlere, feinste Figur vom Gentlemen um jeden Preis zu kaufen gesucht.

Ein grünender Boden sehr schönes Frauenhaar, abhelfend, langsterbend, gegen Nahrungsmittel abzugeben abende ein Cello gegen Salz oder Kleider.

Schwarzer Einkäufer! Nehme noch größere Abschlüsse für handgeklöppelte, echte erzgebirgerische Spitzen, Decken, Teppiche und so weiter entgegen. Kenne sie auch alte Muster der Webereien und seltene exotische Bestellungen. Perlhuhnfel, Sprachzeit und so weiter.

Bekanntmachung einer Krankenkasse: Infolge des Mangels an Kleingeld sind wir gezwungen, vom jetzt an eine Aufrundung sämtlicher Ein- und Auszahlungen auf je 5 Pfennig vorzunehmen.

Ferner tauchen im Inseratenteil auf die seltsamen Namen zum Gesellschaften, die Gebildeten alle Stände ihre Vermittlung auf ethischer Grundlage anbieten; der Mann, der — „um die sinnlose Verschwendung des Nationalvermögens einzudämmen" — einen selbsterfundenen Apparat zum Kauf anbietet, mit dem man befruchtete von unbefruchteten Hühnereiern unfehlbar unterscheiden, ja sogar das Geschlecht des künftigen Tieres erkennen kann; also, daß, wer eine Henne brüten zu lassen wünscht, nicht die Dummheit macht, der Glucke taube Eier unterzulegen und auf diese Weise wertvolles Nahrungsgut zu vernichten; endlich das Mädchen, das sein Kind „gegen ein Schmuckkästchen nach Argentinien" verschenkt und der kleine Buchhindermeister, der 50 Mark Belohnung dem verspricht, der ihm einen jungen, vom ersten Tag an Lohn empfangenden Burschen als Lehrling zuführt.

Spirituosen sind teuer. Offener Wein kostet der Schoppen 4—5 Mark. Schnaps minderer Sorte ist nicht unter 50 Mark der Liter zu haben. Im großen und ganzen herrscht deswegen riesige Nüchternheit. Aber als Arbeitsloser hat man 10 Mark im Tag und wenn man zugleich Kriegsbeschädigter ist und es geschickt zu drechseln versteht, kann man, wie mir ein Kenner sagte, wenigstens ein paar Wochen lang — früher kommt's nicht heraus — von weitern vier, fünf Stellen je 8—10 Mark täglich beziehen. Macht im Tag etwa 50 Mark, und das langt schon zu einem Rausch.

So einem Typ mit künstlichem Bein, Stachelbart, abgetragener Uniform und riesigem Rausch begegnen wir in einem Neckartaldörfchen. Er will durch ein Tor, kann aber das Gatter nicht finden. Da überschlägt es ihn, alles kracht, dann rührt sich kein Glied mehr an ihm, seine Augen sehen stier in den Himmel. „Lebt er noch?" haucht meine Begleiterin und hält sich an einem Baum, um vor Entsetzen nicht umzusinken. Da spricht der Mann, die Augen noch immer stier am nämlichen Himmelspunkt, mit lauter Stimme den lapidaren Satz: „Kaiser Wilhelms schwere Artillerie liecht am Bodde!"

Bergstraße.

Wie Flugfeuer brennt der Frühling ab. Herzjugend tanzt ihren tobenden Reigen, und die Seele der Alten, noch einmal dabei, schwingt sich auf zum Gebet und lobet den Herrn. Die Tage jagen gleich tanzenden Eintagsfliegen vorbei, man lebt vom flackernden Augenblick, die Nächte, wie dunkle Blumen dem Tag nachgeworfen, welken schnell dahin und verflackern ihren traumhaften Duft auf lichtlosen Straßen, wo es trappelt, Gitarren zupft und schleicht und sich lockt, bis fast schon wieder die Hähne krähen. Unabsehbar weit und schön liegt die Rheinebene da, in der Ferne ragen die schweren zapfenartigen Türme des Doms von Speyer, weiße und buntbesprenkelte Wolkenkühe weiden am lichtdurchflossenen Himmel, und von Mal zu Mal leuchtet es golden oder mit greller zinkgelber Schärfe in der rotvioletten Niederung auf. Das ist Rapsblühender Raps!

Dann sondert sich aus dem violetten Einerlei Acker von Acker und Dorf vom Dorf, das Unbegrenzte wird unrüttelbarst, das Unbewegte beginnt zu rollen, und während sich die Bewegung verstärkt, und allmählich anschwillt zur Flut, wird die Ebene zu einem wogenden Meer, das mit hohen weißen Blütenwellen gegen die Hänge des Odenwaldes anbrandet und seine Kraft an den Rand der dunklen Wälder zerschlägt. Wie hungrige Bienen schwärmen die Menschen aus. Zeit, früher Geld, ist wieder Zeit, ist wieder Leben, einmal sitzt auch ein Maler am Rande eines Edelkastanienwaldes, wo die Heidelbeere schon zwischen roten Farnblättern blüht, und die junge Natur, bis in Einzelheiten des Bildes hinein, so lebensfrisch anmutet. Aber er arbeitet nicht. Er sitzt auf seinem Stuhl wie auf einer Kirchenbank, hat die Hände im Schoß, die Augen weit in der Ferne und scheint ergriffen einem donnerwogenden Orgelspiel zu lauschen oder einer mächtigen Stimme, die aus der Höhe kommt.

Zwischen Bäumen, die ihre Blütenlast fast nicht tragen können, blitzt wie eine silberne Lache der Neckar auf und in der sühnigen Luft spielen die ersten Schwalben.

Eindrücke aus Sowjet-Rußland

Von ans H. Maart

Auf den ersten Blick erkennt man wenn man Städte wie Jekaterinburg betritt, den Zug der Gedrücktheit, der über der ganzen Bevölkerung liegt. Das niedere Volk sieht verhungert und zerlumpt aus, besonders die Kinder und man fragt sich, wo die Segnungen der Proletarier-Herrschaft, der roten Sonne, die im Westen aufging, bleiben. Die Tuberkulose und auch andere Seuchen wüten. Der Skorbut ist weit verbreitet.

An den wenigen Stellen innerhalb der Stadt, wo zu billigem Preise ein wenig sehr minderwertiges, oft kaum genießbares und alle Tage ganz gleiches Mittagessen ausgegeben wird, sammeln sich Erwachsene und Kinder schon stundenlang vor Beginn der Ausgabe und stehen zu 200 bis 300 Personen in der Reihe, tagaus tagein, in derselben Weise. In Jekaterinburg, wo eine solche Essenausgabestelle im Wartesaal des Bahnhofs war, standen die Leute von 11 bis 3 Uhr in dem dumpfen von Hunderten von Menschen angefüllten und schlecht gelüfteten Raum und erhielten endlich — knapp ½ Liter sehr dünner Graupensuppe von schwärzlicher Farbe ohne Salz und Gewürze und erst recht ohne Fett. Hinterher gab es dann wiederum Graupen, diesmal nur etwas trockner, ebenfalls nur in Wasser gekocht, zwei Eßlöffel voll. Wenn man Hunger hatte — und alle diese Menschen, die da standen, hatten Hunger — konnte man vier bis fünf Portionen essen. Aber diese geringe Menge kostete schon den „mäßigen" Preis von 12 Rubeln.

In der Jekaterinenburger Gegend betrug die monatliche Fleischration ½ Pfund (205 Gramm) dem Namen nach, doch konnte diese Ration gewöhnlich wegen Mangels an Vorräten nicht zur Ausgabe gelangen. Auch im Schleichhandel war kein Fleisch erhältlich; nur Pferdefleisch gab es in geringen Mengen und zu hohen Preisen zu kaufen.

Ebenso knapp wie die eigentlichen Nahrmittel sind in Rußland die Genußmittel. Zucker ist zwar immer noch, wenn auch nur in geringen Mengen, vorhanden. Tee ist schon fast unerschwinglich teuer geworden. Hohe Liebhaberpreise werden bezahlt für geringe Quantitäten Tee. Auch der Kaffee ist äußerst knapp. In ganz Sowjet-Rußland trinkt man eine Art Kaffeersatz, der aber nicht im entferntesten, was die Qualität anbetrifft, an unser Kaffeesurrogate heranreicht. Im umgekehrten Zustande sieht dieser Kaffee aus, wie nasser Sand, der mit Blumensamen vermischt ist, und schmeckt gekocht auch dementsprechend, jedenfalls schlechter als deutscher Ersatzkaffee niedrigster Sorte. Auch der Tabak ist in Rußland knapp und teuer. In Moskau kostet eine billige Zigarrette etwa 10 bis 15, eine bessere 25 bis 30 Rubel.

Hielten in den Jahren 1918 und 1919 die Truppen der Entente und die englische Flotte in der Ostsee Rußland von außen blockiert, so wurde es durch die militärische Macht, die die sogenannte Diktatur des Proletariats in der Praxis ausübte, von innen blockiert. Nicht genug damit, daß kein Rohmaterial für die Industrie mehr hereinkam, es mußten auch noch aller Binnenhandel und auch noch alle Binnenindustrie unterbrochen werden. In ihrer Absicht, der Welt die Segnungen eines wahrhaft sozialen Staatswesens zu bringen, haben die bolschewistischen Machthaber überall, wo sie zur Herrschaft gelangten, zunächst einmal alle die bestehenden Rechtsformen beseitigt. Niemals und nirgend in der Welt ist soviel verboten worden, wie zur Zeit des Vordringens der roten Armeen an den sibirischen, kaukasischen, ukrainischen Fronten.

Ueberall, wo die roten Armeen ihren Einzug hielten, erlahmten Handel und Wandel. Zwar wurden dort, wo bis dahin unter Koltschak, Denikin, Judenitsch Offiziersclianguntum, Ausbeutung der unteren Schichten und ein schrankenlos ausgewachsener Kapitalismus geherrscht hatten, Freiheit und Gleichheit eingeführt. Die Gleichheit bestand jedoch darin, daß den Besitzenden etwas genommen wurde, und daß alle Schichten der Bevölkerung nun ab gleichmäßig Mangel litten. Von der Freiheit dagegen haben nur ganz wenige etwas gespürt, die nämlich, die durch die neue politische Welle an die Oberfläche gehoben wurden, und Gelegenheit fanden, auf Kosten anderer ein gutes Leben zu führen.

Ueberall, wo die Bolschewisten in Sibirien neue Gebiete besetzten, war ihre erste Tat die gänzliche Annullierung des bisher dort gültig gewesenen Geldes. Es wurde das sibirische Geld nicht etwa zu einem — auch noch so geringen — Kurse eingewechselt, sondern für vollkommen wertlos erklärt. Zwar konnte sich die ohnehin überbrieben hoch verschuldete Regierung der russischen Sowjetrepublik nicht durch Uebernahme der skrupellos heraufgewirtschafteten Schulden der gegenrevolutionären Regierungen noch weiter belasten. Aber die Entwertung des Geldes traf die Bevölkerung aufs Härteste. Gerade diejenigen, die diese Maßregel eigentlich treffen sollte, die Spekulanten, traf es am allerwenigsten. Diese Leute hatten sich rechtzeitig entweder mit Waren versorgt, oder sie hatten ihre Gelder in Form der sogenannten Romanowskis liegen, d. h. des früheren kaiserlichen Papiergeldes, das in der Sowjetrepublik dem Sowjetgelde gleichwertig im Umlaufe war. Für die kleinen Leute jedoch, und vor allem auch für die Bauern bedeutete die Geldannullierung ein schwerer Schlag. Der gewöhnliche Mann, besonders der Bauer in der Zeit der Ernte, stapelt das Geld, das er einnimmt, einfach auf; Bank und Sparkassen werden wenig benutzt und ein bargeldloser Zahlungsverkehr ist unbekannt. Nach der Geldannullierung erhielt jeder Proletarier eine bestimmte Summe in Sowjetgeld ausbezahlt. Alle Nichtproletarier gingen leer aus. Das neue Geld war nicht zahlbar, wenn es nötig gewesen wäre, am Platze; es dauerte länger als 14 Tage, bis die Bevölkerung wenigstens mit dem notwendigsten Geld wieder versehen war. Während dieser Tage lag das Geschäftsleben vollkommen still. An die Bevölkerung sollten Lebensmittel unentgeltlich gegen Karten ausgegeben werden. Aber wie es für jemand, der Rußland kennt, fast selbstverständlich ist: das Kartensystem versagte vollständig, und sehr viele Leute, namentlich kinderreiche Familien, haben im buchstäblichen Sinne hungern müssen.

Die Diktatur des Proletariats ist in Wahrheit nur die Diktatur einzelner kleinerer Gruppen der Bevölkerung oder gar nur einzelner Personen. Zwar haben, dem Namen nach, alle Proletarier politisch gleiche Rechte — der Nicht-Proletarier besitzt kein Wahlrecht —, doch wird die gegenwärtige Regierung nur durch das Industrieproletariat der Großstädte, namentlich Petersburgs, und durch das Heeresproletariat getragen. Das ländliche und Kleingewerbeproletariat ist praktisch unterdrückt. Aber auch innerhalb der führenden Bevölkerungsteile hat sich die Macht stark in den Händen weniger konzentriert. Trotzdem ist der Verwaltungsapparat ins Maßlose gewachsen. Wo früher ein einzelner Beamter die Erledigung traf, arbeitet jetzt ein Rat, ein Komitee. In Rußland gibt es jetzt mehr Behörden, als je zuvor.

Jede ordnungsmäßige Gesetzgebung und Rechtlichkeit ist im bolschewistischen Staat aufgehoben, ein einheitliches Recht gibt es nicht. Alle Machtäußerungen der Regierung erfolgen unmittelbar auf dem Verordnungswege. In den verschiedenen Gouvernements, ja selbst in einander nahe benachbarten Gegenden herrschen die größten Verschiedenartigkeiten. Zwar werden die Lokalbehörden durch zahllose Verfügungen seitens der Zentralgewalt in Moskau in den Hauptzügen orientiert, doch behalten sie eine erhebliche Freiheit.

Schlimmer noch als mit der Gesetzgebung geht es mit der Durchführung der Gesetze. Während viele von ihnen niemals verwirklicht werden können, weil der Staat, selbst der bis an die Zähne bewaffnete, der Unwillkürlichkeit oder dem passiven Widerstand der Bevölkerung gegenüber machtlos ist, schießt man bei der Durchführung anderen wiederum weit über das Ziel hinaus. Absichtlich oder unabsichtlich mißversteht man die Meinung der Zentrale. Die Bevölkerung wird terrorisiert. Kein Mensch kennt die wirkliche Rechtslage, so daß Uebergriffe die Regel sind. Bestechung und Unterschlagungen sind Gewohnheiten, und die ausführenden Organe, hauptsächlich gemeine Soldaten, leben von den Uebergriffen, die sie machen, d. h. von widerrechtlich angeeignetem Eigentum der Bevölkerung. Daß es so selten zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Militär und der Bevölkerung kommt, liegt an der Gutmütigkeit des einfachen Soldaten. Er ist der wirklichen Not gegenüber stets zur Nachsicht und Nichtinnehaltung seiner Instruktionen geneigt. Wer auf dem Beschwerdewege bei den Behörden nichts erreicht, dem gelingt dies oft durch Berufung der ausführenden Mannschaft. Wie oft haben auch deutsche Kriegsgefangene, wenn sie mißhandelt werden sollten, aber wenn sie aus Eisenbahnwagen oder Baracken heraus mußten, die militärische Mitteilung überredet, sie in Ruhe zu lassen.

Neue Schandtat in West Frankfort

West Frankfort, Ill. — Erhebungen brachten vor einigen Tagen in West Frankfort von neuem aus und Louis Carrari, ein 40jähriger Arbeiter, wurde erst angeschossen und dann zu Tode geprügelt. Dies ist der erste tötliche Fall seit der Aufruhr am Donnerstag begann.

Carrari wurde aus seiner Wohnung von einer Bande Klubbeine gezerrt und ermordet, während die Frau des Opfers diesem zu Hilfe kam. Er war der Vater von fünf Kindern. Zwei Mann sind in Verbindung mit seiner Ermordung in Haft genommen worden.

Der Pöbel drang in das Haus des Mannes, nachdem eine militärische Bewachung eben erst temporär zurückgezogen worden war. Carrari wurde drei Mal angeschossen, einmal in den Kopf und zweimal in den Rücken. Dann wurde ihm der Schädel mit einem Hackmesser gespalten. Man fand dasselbe später neben seiner Leiche.

Es wurden ferner zwei Sizilianer von einem Pöbelhaufen angegriffen und verprügelt. Einem wurde der Schädel zertrümmert.

Rost beschädigt Weizen.